

fertig zu werden – im Alltag erscheinen sie in Form von Vorurteilen“ (27).

Rassismus entstehe also nicht durch die Ankunft von Fremden, sondern deren Anwesenheit diene als Kristallisationspunkt für bereits vorhandene Vorurteile. Nadig kommt schließlich zu der These, daß die von ihr analysierten psychischen Mechanismen häufig auch hinter dem Umgang „einer breiten Schicht von BürgerInnen und PolitikerInnen“ (21) mit der bedrohlich erlebten Gegenwart von Fremden stehen.

Empfehlenswert ist das Buch, das weitere Aufsätze und Kommentare enthält, vor allem wegen der Vielfalt der Themen und der engagierten und analytisch tiefgehenden Arbeit der Autorinnen innerhalb des multidisziplinären Feldes der Kulturwissenschaften. Diese Gelegenheit, auch ohne einschlägige „Vorbildung“ Einblick in relevante Diskurse zu bekommen, sollten sich interessierte Leser/innen nicht entgehen lassen.

Andrea Köck, Wien

Gisela Bock u. Pat Thane Hg., **Maternity and Gender Policies. Women and the Rise of the European Welfare States 1880s–1950s**. London/New York: Routledge 1991, 267 S., 1 Abb., 7 Tab., \$ 59,95, ISBN 0-415-04773-0 (Leinen); ISBN 0-415-04774-9 (Paperback).

Ann Taylor Allen, **Feminism and Motherhood in Germany, 1800–1914**. New Brunswick/New Jersey: Rutgers University Press 1991, 304 S., \$ 42,00, ISBN 0-8135-1686-2.

Valerie Fildes, Lara Marks u. Hilary Marland Hg., **Women and Children First. International Maternal and Infant Welfare, 1870–1945**. London/New York: Routledge 1992, 328 S., \$ 89,95, ISBN 0-415-08090-8.

Seth Koven u. Sony Michel Hg., **Mothers of a New World. Maternalist Politics and the Origins of Welfare States**. London/New York: Routledge 1993, 452 S., 14 Abb., 9 Fotos, 16 Tab., \$ 49,95, ISBN 0-415-90313-0 (Leinen); \$ 16,95, ISBN 0-415-90314-9 (Paperback).

In den letzten Jahren sind Mütter wieder verstärkt zum Gegenstand sozialstaatlicher Politik geworden. Diese (Re-)Politisierung hat die kontroversiellen Diskussionen um Mutterschaft als Ansatzpunkt für eine feministische Politik wieder belebt. Auch in der feministischen Forschung läßt sich eine neuerliche Annäherung an das Thema „Mutterschaft“ beobachten, mit deutlichen Verschiebungen der Forschungsinhalte von Analysen über die gesellschaftliche Relevanz des „Mutter-Seins“ hin zur Auslotung des Verhältnisses von Mutterschaft und Politik. Mit den politischen Dimensionen von Mutterschaft im Kontext der Entwicklung wohlfahrtsstaatlicher Politik und feministischer Bewegungen befassen sich auch die Autorinnen und Autoren der vorliegenden Bücher.

Der von Gisela Bock und Pat Thane herausgegebene Sammelband enthält Beiträge, die im Rahmen eines internationalen Forschungsprojektes über „maternity, visions of gender and the rise of the western welfare states“ entstanden sind. Anliegen des Projektes war es, die Entwicklung der einzelnen westlichen Wohlfahrtsstaaten in Zusammenhang zu stellen mit der Entwicklung der Frauenbewegungen und den jeweiligen Thematisierungen von Geschlecht respektive Frauen/Müttern in diesen Ländern. Dabei sollten transnationale Gemeinsamkeiten ebenso wie nationale Besonderheiten in den Entwicklungen erhellt werden.

Ida Blom zeigt anhand der theoretischen Positionen und der politischen Aktivitäten der norwegischen Feministin Katti Anker Moller, daß in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts der feministischen Thematisierung von Mutterschaft auf nationaler und internationaler Ebene eine wesentliche Bedeutung bei der Durchsetzung von frauenspezifischen Forderungen zukam, wiewohl die Konzeptionen „freiwilliger Mutterschaft“ auch anti-emanzipatorische oder eugenische Elemente beinhalteten. Mollers Forderung nach einem „Mütterlohn“ spielte in Norwegen auch in den Diskussionen um staatliche Unterstützungsleistungen an Familien eine Rolle. Anne-Lise Seip und Hilde Ibsen rekonstruieren in ihrem Beitrag die mehr als 30 Jahre dauernden Diskussionen um erste Ansätze zu einer Familienpolitik in Norwegen, realisiert 1946 mit der Einführung eines Kindergeldes. Die beiden Autorinnen analysieren u. a. die Wende von einer „mütterzentrierten“ hin zu einer – den norwegischen Wohlfahrtsstaat begründenden – universellen Sozialpolitik für Familien. In Schweden, so zeigt Ann-Sofie Ohlander in ihrem Beitrag über sozialdemokratische Familienpolitik zwischen 1900 und 1960, gelang es den Sozialdemokratinnen nicht, innerparteilich familienpolitische Positionen durchzusetzen, in denen die Forderungen nach sozialpolitischen Leistungen für Mütter (vor allem Mutterschutz) von primären Verantwortlichkeiten von Müttern (für Kinder) abgekoppelt sind. Die Ausführungen von Jane Lewis über den Beitrag britischer Feministinnen zur Durchsetzung staatlicher Familienbeihilfen verdeutlichen, wie unterschiedlich die theoretischen Positionen von Feministinnen in verschiedenen Ländern selbst bei gleichen sozialpolitischen Forderungen waren. Lewis zeigt, daß britische Feministinnen, allen voran Eleanor Rathbone, ihre Forderungen nach staatlichen Familienbeihilfen fast durchgängig mit dem Wert mütterlicher Familienarbeit und der Notwendigkeit eines staatlichen Ausgleichs der ungleichen innerfamiliären Ressourcenteilung zwischen Ehefrauen/Müttern und Ehemännern/Vätern begründeten. Britische Feministinnen konservierten mit diesen und ähnlichen sozialpolitischen Forderungen ein patriarchales Familienmodell und begrenzten damit die Reichweite ihrer Forderungen. Pat Thane verweist in ihrem Beitrag jedoch auch darauf, daß die Betonung des Werts mütterlicher Arbeit durch die Frauen in der britischen *Labour Party* die männlichen Mitglieder zu einer Auseinandersetzung mit Frauen und ihren Problemlagen gezwungen hat und die *Labour-Feministinnen* der ersten Dekaden des 20. Jahrhunderts damit einen wesentlichen Beitrag zur Ausgestaltung des britischen Wohlfahrtsstaates nach 1945 geleistet haben.

Die Bedeutung, die Frauen und autonomen Frauenorganisationen in der Begründung des Wohlfahrtsstaates zukommt, unterstreicht auch Annarita Buttafuocos Beitrag über lokale Mutterschaftsfonds als Vorläufer der italienischen Mutterschutzleistungen. Demgegenüber verweist Irene Stoehr auf die hemmenden Einflüsse, die die Abstraktion von den realen Müttern und die Betonung der „geistigen Mütterlichkeit“ durch die bürgerlichen Frauenbewegungen auf die Mutterschutzgesetzgebung in Deutschland ausgeübt hat. Die Debatten um wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen für Mütter und Kinder waren im 19. und bis weit ins 20. Jahrhundert von den demographischen Veränderungen, vor allem vom Geburtenrückgang in europäischen Ländern, inspiriert. Anne Cova zeigt, wie französische Feministinnen schon früh die Furcht vor den Konsequenzen des Bevölkerungswundes und die damit verbundene politische Thematisierung von Mutterschaft für Forderungen nach Rechten für Frauen/Mütter nutzten. Nicht den ideologischen Positionen, sondern den fehlenden politischen Partizipationsrechten von Frauen schreibt Cova den letztlich nur mäßigen Erfolg von Feministinnen in der Durchsetzung und Realisierung von Mutterschutz- und Frauenrechten zu. Karen Offen beschreibt die pronatalistische Politik Frankreichs zwischen 1920 und 1950 im Kontext der Diskussionen um die Frauenerwerbstätigkeit und zeigt das Dilemma feministischer Forderungen nach einer „Gleichheit in der Differenz“ als Grundlage von Familienpolitik auf.

Den bevölkerungspolitischen Intentionen und Strategien faschistischer Staaten sind drei Beiträge gewidmet: Mary Nash stellt die pronatalistische Politik in Francos Spanien dar, die trotz restriktiver Maßnahmen gegen Geburtenkontrolle und forcierten Familialismus den Geburtenrückgang nicht aufhalten konnte. Nach Chiara Saraceno zielten die pronatalistischen Maßnahmen des faschistischen Italiens nicht in erster Linie auf eine Hebung der Geburtenzahlen, sondern auf die Etablierung und Absicherung eines spezifischen Familienmodells, des neuen Patriarchats der städtischen Mittelschicht. Gisela Bock trägt diese These für den deutschen Nationalsozialismus noch weiter: Nicht Pronatalismus und Mutterkult dominierten im Nationalsozialismus. Mit ihrer Rassen-, Sterilisations- und Vernichtungspolitik frönten die Nationalsozialisten vielmehr einem Antinatalismus und einem modernen Vaterschaftskult.

Die Beiträge des Bandes von Bock und Thane geben Einblick in Strategien von Feministinnen und Frauenbewegungen einzelner Länder, Mutterschaft als Ansatzpunkt für Sozialpolitik zu etablieren. Sie zeigen darüberhinaus auf, wie staatliche oder institutionelle Politik Mutterschaft als frauenspezifisches Element abzuwehren bzw. für sich zu vereinnahmen suchte. Dennoch wird der Band dem im Titel suggerierten Anspruch nicht gerecht. Versammelt sind Einzelbeiträge; eine begriffliche Präzisierung von Mutterschaft oder Geschlechterpolitik fehlt ebenso wie eine Verortung der Beiträge im Kontext der feministischen Forschungen zur Entstehung der Wohlfahrtsstaaten. Zu begrüßen ist jedoch, daß in diesem Buch Forschungen aus europäischen Ländern präsentiert werden, denen im allgemeinen wenig Aufmerksamkeit zuteil wird.

Einem analogen Thema wie der Band von Bock und Thane ist jener von Seth Koven und Sonya Michel gewidmet. Entstanden aus einer Reihe von Konferenzen am *Center for European Studies* an der *Harvard University* setzt sich dieser Sammelband mit den politischen Aktivitäten von Frauen und deren Einfluß auf die Herausbildung von wohlfahrtsstaatlichen Programmen in den USA — in England, Frankreich, Deutschland, Australien und Schweden auseinander. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den USA, mit zwei vergleichenden Artikeln zu Bevölkerungsschwund und pronatalistischen Ideologien in den USA und in Frankreich in den 1920er Jahren sowie über feministische Strategien und Geschlechterdiskurse in den USA und Schweden in den 1930er Jahren. Vier Beiträge befassen sich mit amerikanischen Frauenorganisationen und ihrem Einfluß auf die Wohlfahrtspolitik der USA vor 1930, insbesondere in der Reformperiode von 1895 bis in die 1920er Jahre.

Kathryn Kish Sklar untersucht die historischen Grundlagen für den großen Einfluß, den organisierte weiße Mittelschichtfrauen auf die Entfaltung des amerikanischen Wohlfahrtsstaates in der Zeit zwischen 1890 und 1920 nehmen konnten. Sie kommt zu dem Schluß, daß die in den USA eher begrenzten Kompetenzen des Staates und die damit einhergehende geringe Bürokratisierung Raum für die Aktivitäten von Basisorganisationen ließen und durch die frühe Einführung des Wahlrechtes für alle weißen Männer Klassenunterschiede gegenüber Rassen- und Geschlechtsunterschieden zurücktraten.

Eileen Boris erläutert die Aktivitäten und Konzepte von Mutterschaft der afroamerikanischen Frauenorganisationen und ihrer Proponentinnen im letzten Drittel des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts und stellt sie in ihren Gemeinsamkeiten, ihren Unterschieden und ihrer politischen Reichweite den Organisationen weißer Mittelschichtfrauen gegenüber. Letztere konnten aufgrund ihres Status' und der Machtkonstellationen ihre Forderungen gegenüber dem Staat eher durchsetzen und damit die Ausgestaltung von sozialpolitischen Maßnahmen in Ideologie und Praxis (mit)prägen. Wie Molly Ladd-Taylor und Sonya Michel in ihren Beiträgen zeigen, reichte der Einfluß von Frauen jedoch nicht aus, langfristig bundesstaatliche Mittel für sozialpolitische Maßnahmen für Mütter zu mobilisieren.

Recht unterschiedliche Befunde liefern die Studien über den Einfluß von Frauen und Frauenorganisationen auf die Fundierung und Ausgestaltung der europäischen Wohlfahrtsstaaten. Jean H. Quataert z. B. folgert aus ihren Betrachtungen zur Gewerbeinspektion in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, daß aufgrund der bürokratischen Strukturen der Einfluß von Frauen auf die sozialpolitische Gesetzgebung eher gering gewesen sei. Christoph Sachße und Seth Koven hingegen unterstreichen die Bedeutung, die den Initiativen von Frauen und Frauenbewegungen im Aufbau des Fürsorgewesens und wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen in Deutschland und England zukam. Diese gegensätzlichen Schlußfolgerungen lassen erkennen, daß die Beiträge von Frauen zur Ausgestaltung von Wohlfahrtsstaaten nur dann hinreichend gewürdigt werden können, wenn auch die Machtverteilungen zwischen den einzelnen sozialpolitischen Berei-

chen und ihr Verhältnis zur Ökonomie mitberücksichtigt werden. Dies geht auch aus Marilyn Lakes Beitrag über die Mutterschutzforderungen australischer Feministinnen in den 1920er Jahren hervor. Lake diskutiert deren Versuche einer argumentativen Verankerung von Mutterschaft im Konzept der Staatsbürgerschaft und der Erwerbstätigkeit. Lake zeigt, daß in einem patriarchal begründeten Staat, in dem die Begriffe des Staatsbürgers und des Erwerbstätigen an männliche Kriterien rückgebunden sind, weder die Berufung auf gleiche Rechte mit Männern noch die Betonung von Unterschieden zu Männern sozialpolitische Rechtsgleichheit für Frauen schaffen kann.

Im Vergleich zum Sammelband von Bock und Thane ist jener von Koven und Michel stärker darauf ausgerichtet, den Beitrag von Frauen zur Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten zu thematisieren und im Kontext feministischer Theorien zu beleuchten. Allerdings bleiben die Aufsätze auf jene Länder und Epochen beschränkt, deren Sozialpolitik schon seit langem Gegenstand feministischer Forschungen ist. Zuweilen überwiegt auch der Versuch, neuere feministische Konzepte am Thema Wohlfahrtsstaat zu erproben, womit die praktische Relevanz einer feministischen Auseinandersetzung mit Sozialpolitik und Mutterschaft dem theoretischen Diskurs nachgeordnet wird. Bocks und Thanes Buch bietet dagegen ein breiteres internationales Spektrum, auch bezüglich der Analyseansätze. In dieser Hinsicht ergänzen sich die beide Bände und spiegeln die unterschiedlichen Traditionen in den Forschungszugängen und in der Sozialpolitik in den USA und Europa wider.

Im Gegensatz zu den bisher vorgestellten Publikationen beschäftigt sich Ann Taylor Allen in ihrem Buch über Feminismus und Mutterschaft in Deutschland nicht in erster Linie mit der staatlichen Politik im Umgang mit Müttern, sondern mit der Entwicklung und Durchsetzung der „ethischen Mutterschaft“ innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung in Deutschland. Im ersten Teil des Buches zeigt sie die Entstehung eines Konzeptes von Mutterschaft auf, das in den reformerischen Vorstellungen der Froebelschen Pädagogik wurzelt, und zeichnet die Grundlinien der Transformation von einem ethischen Konzept zu einem sozialreformerischen – und damit auch politischen – Instrumentarium der bürgerlichen Frauenbewegung nach. Allens Ausführungen verdeutlichen die emanzipatorischen Komponenten, die dem Konzept von Mütterlichkeit und geistiger Mutterschaft innewohnen. Allen grenzt sich damit von anderen Arbeiten zur Geschichte der Frauenbewegung ab und kritisiert insbesondere Richard Evans Sicht eines (ungebrochenen) Konservatismus innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung.

Im zweiten Teil beschäftigt sich Allen mit dem Verhältnis von Mutterschaft, Sozialreform und Staat und dem Wandel der Diskurse von Mütterlichkeit und Mutterschaft im politischen und bürgerlich-feministischen Kontext. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wichen die pädagogischen Orientierungen der bürgerlichen Frauenbewegung zusehends sozialpolitischen und rechtlichen Zielsetzungen, wie dem Kampf gegen die Kinder- und Säuglingssterblichkeit, die Diskriminie-

rung unehelicher Mütter und Kinder oder die Reform der Abtreibungsregelungen. Die Argumentationen blieben jedoch rückgebunden an ein Konzept von ethischer, geistiger und sozialer Mütterlichkeit, das – wiewohl vielfältig gebrochen – immer stärker biologistische Züge annahm.

Allen zeigt in ihrem Buch die Heterogenitäten der bürgerlichen Frauenbewegung und ihrer Begriffe von Mütterlichkeit auf und plädiert damit für eine differenzierte, im Kontext der Zeit zu verortende Analyse der Vorstellungen und der Praxis der bürgerlichen Frauenbewegung. Doch kann man sich als Leserin des Eindrucks nicht erwehren, daß die Autorin mit ihrem Plädoyer für eine differenziertere Analyse kultureller Begrifflichkeiten die bürgerliche Frauenbewegung und ihre Konzepte von Mütterlichkeit und geistiger Mutterschaft vor ihren Kritiker/innen schützen möchte und in diesem Versuch oft selbst unkritisch gegenüber den praktischen und ideologischen Implikationen dieser Konzepte ist. Denn Allens Ausführungen können auch als Beleg dafür gelesen werden, daß in einer von Männern und männlichen Vorstellungen dominierten Politik die Berufung auf Mütterlichkeit das Männliche und seine Norm nicht grundlegend in Frage stellt und daß eine feministische Strategie, die sich auf Mütterlichkeit gründet, letztlich auch an dieser Polarität scheitert.

Nicht der Politik im Interesse von Müttern, sondern jener im Interesse von Kindern ist der von Valerie Fildes, Lara Marks und Hilary Marland herausgegebene Sammelband gewidmet. Im Zentrum der Darstellungen stehen die Diskurse und die politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinder- und Müttersterblichkeit gegen Ende des 19. und in den ersten Dekaden des 20. Jahrhunderts. Bereits die Auswahl der Länder läßt erkennen, daß die Herausgeberinnen um ein möglichst breites Spektrum an Darstellungen bemüht waren. Die Beiträge befassen sich mit konkreten Maßnahmen in Großbritannien, den Niederlanden, in Australien, den USA, in Kanada, Südafrika, Burma und Malaysia und erhellen die Motive, die Ideologien und die Interessen, die den Initiativen zugrunde lagen. Eine umfangreiche Bibliographie, geordnet nach Kontinenten, ergänzt diesen informativen Band, der eine Vielfalt an Perspektiven und Analysen zu Kinder- und Müttersterblichkeit bietet.

In einem einleitenden Beitrag gibt Irvine Loudon einen Überblick über die Entwicklung der Müttersterblichkeit in verschiedenen Ländern im Zeitraum zwischen 1880 bis 1950. Mehrere Beiträge belegen nachdrücklich, daß bis in die 30er Jahre unseres Jahrhunderts ein nicht unerheblicher Teil der Todesfälle von Müttern auf Entbindungen in Krankenhäusern zurückzuführen war. Der Aufsatz von Milton Lewis über Sydney, Australien, zeigt, wie die Rivalitäten zwischen Medizin und Hebammenwesen oder die Versuche einer Institutionalisierung des Hebammenwesens lange Zeit zu einer anhaltend hohen Sterblichkeit unter entbundenen Frauen beigetragen haben. Lara Marks vergleichende Studie zu East London verdeutlicht, daß nicht die medizinische „Versorgung“, sondern eine umfassende Betreuung und Unterstützung von schwangeren/entbundenen Frauen das Risiko von Krankheit und Tod bei einer Geburt vermindern.

Die hohe Mütter- und Säuglingssterblichkeit bot verschiedenen Gruppen und Personen immer wieder einen Ansatzpunkt zur Mobilisierung und Durchsetzung von partikularen Interessen. In den Niederlanden, so zeigt Hilary Marland, diente das ärztliche Engagement zur Medikalisierung der Mutterschaft zunächst der Professionalisierung von Ärzten, der Etablierung von Standesinteressen und der Schaffung eines neuen Spezialistentums im medizinischen Bereich. Ähnliche Befunde liefert der Beitrag von Cynthia Comacchio über den „Krieg“ der Ärzte um das Kind in Ontario, Canada, zur Zeit des Ersten Weltkrieges.

Mit der Kinder- und Müttersterblichkeit in ehemaligen Kolonialstaaten befassen sich vier Autorinnen dieses Bandes. Judith Ritchell nennt drei Gründe für die anhaltend hohe Kindersterblichkeit in Burma in den Jahren 1891 bis 1941: kulturelle Traditionen, wie restriktive Speisevorschriften für schwangere bzw. stillende Mütter und Kleinkinder; die Anfälligkeit von Kindern für Krankheiten und ineffiziente Maßnahmen der kolonialen Behörden, die bestehende traditionale Strukturen ignorierten und westliche Maßnahmen durchsetzen wollten. Durch zunehmend restriktivere Kontrollen über einheimische Hebammen, durch die Rekrutierung und Ausbildung von Frauen, die diese ersetzen sollten, und durch hauswirtschaftliche Erziehung von Müttern und Mädchen versuchten, so Lenore Manderson, auch die malaysischen Behörden in den Jahren 1900 bis 1940 die Säuglings- und Kindersterblichkeit zu verringern.

Zwei Beiträge zum südlichen Afrika von Debby Gaiskell und Marijke du Toit beschreiben die religiösen und missionarischen Initiativen für Mütter und Kinder in Johannesburg in den 1920er und 1930er Jahren sowie die nationalistischen Intentionen, die die *Afrikanische Christliche Frauenorganisation* mit dem Aufbau einer medizinischen Versorgung für schwangere und entbindende Afrikanerinnen verfolgte. Nicht bloß organisierte partikulare, koloniale oder nationale Interessen, sondern auch persönlicher Ehrgeiz und Sektierertum bestimmten die Politik und die öffentliche Thematisierung von Kinder- und Müttersterblichkeit, wie Philippa Mein Smith an einem Beispiel über Australien in den 1920er und 1930er Jahren zeigt. Elizabeth Peretz' vergleichende Studie über kommunale Mütterberatung in Großbritannien legt die klassenspezifischen Wirkungen von Mutterschaftsprogrammen offen.

Angesichts des wiedererwachten Interesses an Mutterschaft als einem Ansatzpunkt für eine Politik gegen Frauen verdeutlichen die vorliegenden Beiträge, wie notwendig eine feministische Revision des Verhältnisses von Sozialpolitik und Mutterschaft ist, die sich aus den bisherigen Diskursen um dieses Thema herauszulösen vermag.

Gerda Neyer, Wien